

N i e d e r s c h r i f t

=====

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Pirmasens
am Montag, 09. Nov. 2009, 15.30 Uhr
im Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederzahl: 45

Anwesend sind: 45

und zwar:

Adler Bernd	Baas Elfriede bis 17.15 Uhr
Bayer Thomas	Burkhardt Andreas
Clauer Denis	Cölsch Marianne
Deny Wolfgang	Ebelshäuser Axel
Eder Ulla	Eschrich Frank
Faroß-Göller Katja	Fremgen Frank
Grimm Eberhard	Henn Dr. Carsten
Hinkel Heinz	Hussong Gerhard
Kastrop-Pretor Jutta	Kiefer Heidi
Klees Dr. Karl-Josef	Krämer Hermann
Krämer Dr. Walter	Krekeler Susanne
Kuhn Claudia	Lehnigk Kurt bis 16.10 Uhr
Linse Brigitte	Linse Julia
Müller Wolfgang	Oden Martin bis 18.20 Uhr
Resch Peter	Rinck Volker
Schäfer Dr. Fritz jr.	Schneider Peter
Schulze Hermann	Sefrin Stefan
Stegner Berthold	Stilgenbauer Jürgen
Streppel Karola	Stretz Norbert
Tavernar Gino bis 17.50 Uhr	van de Sand Maximilian
Walter Markus	Weiner Thomas
Wirth Fritz	Zimmer Dr. Rudolf

sowie Oberbürgermeister Dr. Matheis als Vorsitzender,

Bürgermeister Scheidel,

Beigeordneter Schieler,
Beigeordnete Knerr

Zur Sitzung zugezogen:

Herr Hoch und Frau Legleitner, Hauptamt
Frau Umlauft, Pressestelle
Herr Hutzler, Büro des OB
Herr Joritz, Rechtsamt
Frau Brandt und Herr Mühlbauer,
Finanzen
Herr Gehringer, Rechnungsprüfungsamt
Herr Kreibich und Herr Steigner,
Stadtwerke Pirmasens
Frau Glöckner und Herr Flory,
Personalrat

Protokollführung:

Frau Heil (außer TOP 5, 7.1 und 7.2)
Frau Huber bei TOP 5, 7.1 und 7.2

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.35 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig die folgende

T a g e s o r d n u n g :
=====

1. Einwohnerfragestunde (Beginn: 17.00 Uhr)
2. Einbringung Haushalt 2010
3. Wahlen
 - 3.1. Bildung von Ausschüssen
 - 3.1.1. Jugendhilfeausschuss
4. Direktvergabe von ÖPNV-Leistung gemäß Art. 5 Abs. 2 EU-VO 1370/2007
Betrachtung der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH
5. Beschluss der Geschäftsordnung des Stadtrates für die 16. Wahlperiode
6. Spendenannahmen
7. Anträge der Fraktionen;
 - 7.1. Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 27.10.2009;
betr.: Sozialausweis einführen
 - 7.2. Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 27.10.2009;
betr.: Sozialticket im ÖPNV und sozialverträgliche Kosten bei der Schülerbeförderung einführen
 - 7.3. Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2009;
betr.: Zusammenlegung von Ämtern der Stadtverwaltung
 - 7.4. Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2009;
betr.: Weitere Aufarbeitung der Lebensschicksale und Leidenswege von Pirmasenser jüdischen Familien
8. Beantwortung von Anfragen
Informationen
Anfragen der Ratsmitglieder

1. Punkt der Tagesordnung:

=====

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17.10 Uhr.

Herr Thomas Helfrich, Andreas-Hofer-Str. 27b, 66954 Pirmasens

Herr Helfrich fragt an, wie es mit der Schulreform aussehe. Die Eltern seien sehr verunsichert.

Der Vorsitzende teilt mit, in der nächsten Woche würden entsprechende Gespräche stattfinden. Über das Ergebnis werde zeitnah berichtet.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 17.15 Uhr.

2. Punkt der Tagesordnung:

=====

Einbringung des Haushalts 2010

Der Vorsitzende führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

der vor Ihnen liegende Entwurf des Haushaltsplans 2010 ist neu, die Situation bei den Kommunen ist leider unverändert geblieben. In den einschlägigen Artikeln in Zeitungen und Rundschreiben lesen Sie Schlagzeilen wie „Städte in Not“ – „Kommunen brauchen Entlastung“ – „Steigende Soziallasten entwickeln immer größere Sprengkraft“ – und auch für Pirmasens kann ich in dieser Hinsicht keine Ausnahme vermelden.

Und wie die aktuellen Steuerschätzungen zeigen, wird sich die Situation 2010 insbesondere für die Städte noch verschärfen.

Sie sehen es an den Zahlen des Ergebnishaushaltes für das kommende Haushaltsjahr: Bei Erträgen von 86,9 Mio. € und Aufwendungen von 124,3 € Mio. besteht ein Fehlbetrag von 37,4 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung von rd. 800.000 €.

Bevor ich auf die Eckdaten des Haushalts eingehe, noch einige grundsätzliche Anmerkungen vorweg:

Die gesetzlich vorgeschriebene komprimierte Darstellung des neuen Doppikhaushaltes hat im letzten Jahr dazu geführt, dass Sie viele gewohnte Positionen nicht wiederfinden konnten. Etliche Informationen mussten zusätzlich von der Kämmererei aufbereitet und nachgeliefert werden. Wir sind deshalb Ihrem Wunsch gefolgt und haben die wichtigsten Positionen des neuen Haushaltsplans im Ergebnishaushalt mit Konten zusätzlich ausgedruckt. Er ist damit zwar wieder etwas umfangreicher als im Vorjahr, aber wir hoffen, dass Sie die für Sie wichtigen Informationen jetzt einfacher finden. Gerne nehmen wir im Laufe der Haushaltsberatungen auch noch weitere Verbesserungsvorschläge auf.

Wie Sie wissen, müssen wir ein letztes Mal mit einer gewissen Unvollständigkeit des Haushaltsplans leben. Der Planansatz des Vorjahres 2009 kann zwar nun ausgewiesen werden. Es fehlt jedoch immer noch das Rechnungsergebnis des Vorvorjahres, da wir dies nicht auf doppischer Grundlage ermitteln können. Der erste vollständige Haushalt mit allen Vorjahresdaten wird systembedingt im Jahr 2011 zur Verfügung stehen.

Neben der Aufstellung des Haushaltsplanes wird auch mit Hochdruck an der Fertigstellung der Eröffnungsbilanz gearbeitet. Im Laufe der Haushaltsberatungen werden wir Ihnen eine vorläufige Bilanz vorstellen, bei der noch einige wenige Positionen unvollständig sind. Sobald die letzten noch ausstehenden Bewertungen von den Fachämtern eingegangen sind, werden wir die Eröffnungsbilanz dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss vorlegen. Danach kann die Beschlussfassung durch den Stadtrat erfolgen. Die ist das gesetzlich vorgesehene Verfahren.

Doch nun zurück zu den Eckdaten bzw. Veränderungen des Ergebnishaushalts 2010:

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 1 Mio. € gestiegen und belaufen sich einschl. der Beschäftigungsmaßnahmen auf 37,9 Mio. € - ohne diese Maßnahmen auf 34,5 Mio. € (Kommunal Kombi usw.). Die Erhöhung bei den Tarifbeschäftigten ist hierbei mit 3,0 % einkalkuliert, bei den Beamten mit 1,2 % und im Sozial- und Erziehungsdienst mit 8 %. Der Restbetrag verteilt sich auf strukturelle Steigerungen sowie die Erhöhung der Beihilfeversicherung.

Im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen haben wir mittlerweile für insgesamt 114 Personen aus dem Bereich der Arbeitsgemeinschaft „Job-Börse“ sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen mit einem Kostenvolumen von knapp 3,4 Mio. €. Diese neue Art der Beschäftigung, die nicht nur in Rheinland-Pfalz einzigartig und im Bundesgebiet vorbildlich ist, hat die vorigen sogenannten 1 €-Job-Beschäftigungen oder AB-Maßnahmen für einen Zeitraum von insgesamt 5 Jahren abgelöst. Die Zuwendungen von Bund und Land belaufen sich für das befristete Kommunal-Kombi-Programm auf 2,2 Mio. €, so dass noch ein städtischer Anteil von 1,1 Mio. € im Jahr 2010 aufzubringen ist. Auch wenn dieser Eigenanteil bei den Personalkosten zusätzliche Belastungen verursacht, so halte ich es doch für außerordentlich wichtig, diesen sozialen Beitrag zu leisten.

Der Deutsche Städtetag hat es in seinen Mitteilungen bereits vor einigen Wochen thematisiert: Die Städte müssen für das kommende Jahr mit deutlich wachsenden Sozialausgaben rechnen. Diese Aussage bestätigt sich auch bei uns. Im Sozialetat rechnen wir mit Aufwendungen von 55,3 Mio. € sowie Erträgen von 20,6 Mio. € und damit einem Gesamtdefizit von 34,6 Mio. €. Im Vorjahr betrug die Unterdeckung 32,1 Mio. € und wird sich somit um 2,5 Mio. € erhöhen. Damit stellt der Sozialetat auch im Jahr 2010 das größte Einzelbudget dar.

Um es an dieser Stelle nochmals ganz deutlich zu sagen:

Bei diesen Sozialausgaben handelt es sich um Leistungen, die uns durch bundes- und landesgesetzliche Vorgaben zwingend auferlegt sind, für die wir aber in Höhe von 34,6 Mio. € keinen finanziellen Ausgleich erhalten.

Diese Zahl entspricht fast exakt dem operativen Defizit der Stadt Pirmasens in 2010. Und so war es bereits 2009, 2008 usw.

Und diese untragbaren einseitigen Belastungen durch unfinanzierte Aufgabenzuweisungen treffen in immer stärkerem Ausmaß die Städte, weil aus den verschiedensten Gründen auch immer mehr Bezieher von Sozialleistungen aus den Gemeinden des städtischen Umlandes in die Stadt ziehen.

Diese unwiderlegbaren Zusammenhänge und Tatsachen lösen seit Jahren bei verantwortlichen Bundes- und Landespolitikern reflexartig nur ein Achselzucken aus. Keine angemessene Finanzausstattung oder Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs zugunsten der Städte ist in Sicht.

Stattdessen soll das für Städte existenzielle Problem ausgesessen werden:
Eine unverantwortliche Vogel-Strauß-Politik!

Die Steigerungen des Defizits im Sozialbereich sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Job-Börse seitens des Bundes Kürzungen an dem Anteil für Kosten der Unterkunft von 35,4 auf 33 % vorgenommen wurden und gleichzeitig eine Zunahme der Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen ist. Insgesamt ergeben sich damit Verschlechterungen von 875.000 € gegenüber dem Vorjahr. Im Bereich des Sozialamtes erhöht sich das Defizit um 710.000 € und beim Jugendamt um 161.000 €.

Bei der Gewerbesteuer kalkulieren wir für das Jahr 2010 mit Einnahmen von 14 Mio. €. Das sind gegenüber 2009 rd. 1,5 Mio. € weniger. Mit diesem Ansatz orientieren wir uns an dem voraussichtlichen Ergebnis von 13,5 Mio. €, das wir für das Jahr 2009 erwarten. Damit hat die Finanz- und Wirtschaftskrise auch ihre Spuren im städtischen Haushalt hinterlassen.

Davon abgesehen erlaube ich mir jedoch die Feststellung, dass sich, wenn man das Rekordergebnis des Jahres 2008 von 19,3 Mio. € mit Sondereffekt außer Betracht lässt, eine kontinuierliche Steigerung im Gewerbesteuerbereich seit 1999 (mit Einnahmen von rd. 7 Mio.) entwickelt hat. Das zeigt, dass unsere Unternehmen mittlerweile gut aufgestellt sind und über eine genügend breite Basis verfügen, um wirtschaftliche Schwankungen zu überstehen. Ich sehe es weiterhin als unsere Aufgabe an, gerade in Krisen-

zeiten mit flankierenden Maßnahmen diese Entwicklung zu unterstützen und nicht zu konterkarieren.

Nach der letzten Steuerschätzung sind rd. 420.000 € Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erwarten. Demgegenüber werden die Schlüsselzuweisungen voraussichtlich um 1 Mio. € höher ausfallen.

Aufgrund der derzeitigen Situation auf dem Kapitalmarkt sowie durch aktives Zinsmanagement konnten Verbesserungen von 2 Mio. € bei den Zinsen für Liquiditätskredite eingeplant werden. Dank für das aktiv betriebene Zinsmanagement gelte der Kämmerei und dem Dezernenten. Das heißt, der Aufwendungsansatz konnte von 5 Mio. € auf 3 Mio. € zurück genommen werden. Die Gesamtsumme der Liquiditätskredite beläuft sich derzeit auf ein Volumen von 195 Mio. €. Für 2010 wird mit einem Gesamtvolumen bis 238 Mio. € gerechnet, da der nicht finanzierte Fehlbedarf des Haushaltes 2009 mit getragen wird.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass wir unsere Haushaltskonsolidierungsanstrengungen weiter intensivieren müssen. Andererseits ist mittlerweile auch unstrittig, dass weder wir in der Stadt Pirmasens noch alle anderen Kommunen im Land, die in der Summe mittlerweile Liquiditätskredite von 4,2 Mrd. € aufnehmen müssen, mit dieser finanziellen Situation alleine fertig werden.

Bei dieser Finanzsituation – und jetzt komme ich wieder auf den städtischen Haushalt zurück – müssen wir ohne durchgreifende finanzielle Verbesserung mittelfristig auch immer mit dem Damoklesschwert der steigenden Zinssätze rechnen.

Ich komme nun zu den Investitionen und damit zu dem Bereich, der politisch noch einigermaßen von uns zu beeinflussen ist:

Die Struktur der Kommunalhaushalte hat sich in den letzten Jahren gewaltig verändert. Die Investitionen waren vor einem Jahrzehnt noch fast so hoch wie die Sozialausgaben. Heute dagegen betragen sie noch weniger als die Hälfte der Leistungen für Soziales und Jugend. Es sind aber gerade die Investitionen, mit denen sich die Zukunft für unsere im Umstrukturierungsprozess befindliche Stadt noch gestalten lässt. Steigende und nicht finanzierte Sozialausgaben, wie wir sie auch in Pirmasens seit Jahren erleben, engen dagegen den Investitionsspielraum immer mehr ein.

Das Investitionsvolumen der Stadt Pirmasens im Finanzhaushalt liegt bei rd. 21,72 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von rd. 2,73 Mio. €. Gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise mit leicht ansteigenden Konjunkturdaten ist

dies ein enorm wichtiger Impuls. Durch die hohen Landeszuweisungen für unsere Projekte, für die ich mich an dieser Stelle bei unseren Zuschussgebern bedanke, können die Investitionen im Jahr 2010 ohne eine zusätzliche Neuverschuldung finanziert werden. Das war meine Vorgabe an den Finanzdezernenten Schieler. Ich freue mich, dass es ihm in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen des Finanzbereichs und den Fachämtern auch in diesem Jahr wieder gelungen ist, diese Vorgabe umzusetzen. Zusammenfassend: In Pirmasens wird investiert und damit verschuldet sich die Stadt.

Bei der Finanzierung des Finanzhaushalts ist anzumerken, dass über das Konjunkturprogramm II Eigenmittel in Höhe von 450.000 € zinslos über den vom Land eingerichteten Zukunftsinvestitionsfonds finanziert werden und ab 2012 über die dann eingesparten Energiekosten zurückzuzahlen sind.

Investitionen in Bildung

Der Investitionsschwerpunkt liegt auch im Jahr 2010, so wie in 2009 bereits für die kommenden Jahre angekündigt, in den Investitionen für Bildung. Zur Verbesserung der Situation unserer Kinder in den Kindergärten und Schulen wird im Jahr 2010 eine Gesamtsumme von rd. 7,27 Mio. € veranschlagt. Damit stellt der Bereich Bildung und Soziales das größte Investitionsvolumen im Finanzhaushalt dar.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einige Schwerpunkte aufzeigen:

Zu nennen sind in erster Linie die Schulen. Neben der Sachausstattung in Höhe von 220.000 € für den Schulbetrieb sind Mittel in Höhe 6,0 Mio. € für die Sanierung und Unterhaltung der Schulgebäude und Außenanlagen vorgesehen.

Der größte Anteil in Höhe von 3,8 Mio. € entfällt auf den 1. und 2. Bauabschnitt der Generalsanierung des Immanuel-Kant-Gymnasiums. Im ersten Bauabschnitt soll die Turnhalle mit Umkleiden und Duschen komplett saniert und auf den energietechnisch neuesten Stand gebracht werden. Danach sollen im gesamten Gebäude die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt und die Toilettenanlagen erneuert werden. Eine Förderung des 1. Bauabschnitts über das Konjunkturprogramm II mit 80 % ist bereits zugesagt. Die Förderung für den 2. Bauabschnitt ist beantragt und auf Verwaltungsebene mit der zuständigen Stelle des Landes besprochen.

Nach der Fertigstellung der Erweiterung des Kindergartens Ruhbank im Rahmen des Konjunkturprogramms II soll nun die Grundschule Ruhbank, die sowohl den Kindergarten im Erdgeschoss als auch Schulräume im Obergeschoss erfasst, für rd. 0,9 Mio. € saniert werden. Nach der Verlegung und Erneuerung der Heizung in diesem Jahr werden in einem weiteren Schritt durch die Dämmung der Außenfassade die Energieeinspa-

rungsmaßnahmen abgeschlossen. Gleichzeitig wird durch die Ausführung der notwendigen Brandschutzmaßnahmen am Schulgebäude die Sicherheit der Kinder erheblich verbessert. Allein diese Maßnahmen erfordern Aufwendungen von insgesamt 640.000 €.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Schulen fällt ab dem Jahr 2011 auf die umfangreichen Maßnahmen zur Herstellung und Verbesserung des baulichen Brandschutzes in verschiedenen Gebäuden. Um die notwendigen Maßnahmen nach den Vorgaben des brandschutztechnischen Bediensteten abarbeiten zu können, sind hierfür im Finanzplan jährlich pauschal 1,5 Mio. € veranschlagt. Durch die intensive und kontinuierliche Umsetzung der notwendigen Brandschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren soll ein Höchstmaß an Sicherheit für die Kinder in den Schulen gewährleistet werden.

Wie bereits im Hauptausschuss einstimmig beschlossen, soll das Haus des Kindes mit geschätzten Baukosten von rd. 1,1 Mio. € neu gebaut werden. Der jetzige Schwebezustand kann den Eltern nicht länger zugemutet werden. Die Vorteile des Neubaus gegenüber einer Sanierung im Jobbörse-Gebäude wurden bereits im Hauptausschuss am 02.11.2009 in öffentlicher Sitzung ausführlich dargelegt. Die Entwicklung der Job-Börse wird abgewartet, bevor dort investiert wird. Durch die Veranschlagung von 630.000 € im Jahr 2010 und unter Hinzurechnung der Mittel aus dem Jahr 2009 ist der Neubau des Kindergartens, der nach wie vor mit einem außergewöhnlichen Angebot eine Sonderstellung in der Stadt einnimmt, ausfinanziert.

Für die notwendige Sanierung des Kindergartens in Winzeln werden nochmals 185.000 € bereitgestellt. Damit stehen insgesamt 330.000 € für eine grundlegende Generalsanierung zur Verfügung.

Die umfassende Sanierung der vor 36 Jahren als Schul- und Vereinssporthalle gebauten Wasgauhalle einschließlich der energetischen Sanierung soll im Umfang von 3,1 Mio. € bis zum Jahr 2011 fertig gestellt werden. Im kommenden Jahr sollen hierfür 1,0 Mio. € veranschlagt werden. Nach der Bewilligung einer beantragten Landeszuweisung kann im nächsten Jahr mit der Umsetzung des Projekts begonnen werden.

Investitionen in städtische Infrastrukturprojekte

Für den Straßenbau sind im nächsten Jahr Investitionen im Umfang von 6,49 Mio. € vorgesehen. Dadurch kann das Erscheinungsbild der Stadt von Jahr zu Jahr spürbar weiter verbessert werden. Allein für Maßnahmen im Rahmen des Straßenausbauprogramms sind Mittel in Höhe von 4,27 Mio. € eingeplant. Seit Einführung der wiederkehrenden Beiträge im Jahr 2001 wurden damit bis Ende 2009 47 Straßen mit einem Investitionsvolumen von 19,4 Mio. € fertig gestellt.

Investitionen sollen auch in folgenden Bereichen vorgenommen werden:

- Nachdem die ersten Ausschreibungen für das Projekt „Alte Post“ erfolgt sind, sollen die Bauarbeiten noch in diesem Jahr beginnen. Deshalb sind für das nächste Jahr Mittel in Höhe von 4,4 Mio. € im Haushalt eingeplant. Die Finanzierung gestaltet sich für die Stadt Pirmasens weiterhin haushaltsneutral, da neben den erforderlichen Zuweisungen des Landes der städtische Eigenanteil aus Mitteln des zweckgebundenen Sondervermögens Hoffmann abgedeckt werden kann. Ich weise an dieser Stelle nochmals und wiederholt darauf hin, dass diese Gelder nicht für andere Maßnahmen verwendet werden dürfen!
- Mit dem touristischen deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekt „Rückenwind“ soll grenzüberschreitend und regional zusammen mit den Partnern im Bitscher Land und der Stadt Kaiserslautern ein Verleihsystem für Elektrofahrräder aufgebaut werden und eine Vernetzung der Radwege erfolgen. Es handelt sich um ein Impulsprojekt, das durch die Förderung des Radtourismus den regionalen Fremdenverkehr insgesamt verbessern und so auch die Verweildauer der Touristen in der Region erhöhen soll. Zielgruppe sind Tagestouristen sowie Familien und Gruppen, denen die Motorunterstützung das Radfahren in den bergigen Verhältnissen der Region erleichtert. Bei einer Annahme durch die EU wird das Projekt mit einer Quote von 50 % gefördert. Bezüglich einer Refinanzierung durch das Land werden noch Gespräche geführt.
Für die Sanierung der Mobilitätszentrale im Hauptbahnhof und für den Radwegebau sind insgesamt 950.000 € vorgesehen. Mit diesem Projekt soll in Ergänzung zu den Einrichtungen Dynamikum und Alte Post das Thema Tourismus für die Stadt und damit einhergehend die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen weiter gefördert werden.

Ein wichtiges persönliches Anliegen ist es mir, dass wir in 2010 die Sanierung des Hauptbahnhofgebäudes mit den Einrichtungen Gastronomie, Mobilitätszentrale, öffentliche Toilettenanlage und Haus der Vereine angehen können.

- Um die Infrastruktur für den geplanten Energiepark in Winzeln herstellen zu können, sind Haushaltsansätze von 700.000 € vorgesehen. Die Entscheidung über dieses bundesweit einmalige Pilotprojekt muss nach Klärung der Finanzierungsfragen baldmöglichst im Aufsichtsrat der Stadtwerke und im Rat der Stadt Pirmasens getroffen werden.

Zum Schluss gestatten Sie mir noch Anmerkungen zur Haushaltssatzung:

Wir versuchen auch im Jahr 2010 den seit Jahren verfolgten Kurs der Steuer-, Gebühren- und Beitragsstabilität nach Möglichkeit beizubehalten. Mit Ausnahme einer leichten Erhebung bei den Entgelten für die Volkshochschule ist das auch für das Jahr 2010 so vorgesehen.

Auf Details der Haushaltssatzung sowie die einzelnen Produkte wird in den Haushaltsberatungen näher eingegangen.

Ich schlage Ihnen deshalb vor, den Entwurf des Haushaltsplanes 2010 zur Beratung an die Ausschüsse zu verweisen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich schlage Ihnen vor, den Haushaltsentwurf 2010 zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.“

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig, den Haushalt 2010 an die Fachausschüsse zu verweisen.

3. Punkt der Tagesordnung:

=====

Wahlen

3.1 Bildung von Ausschüssen

2.1.1 Jugendhilfeausschuss (BV-Nr. 104/10)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 03.11.2009.

Für den Jugendhilfeausschuss werden neben dem Leiter der Verwaltung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder dessen ständigem Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder

1. für die Gruppe der Ratsmitglieder/sonstigen wählbaren Bürger

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Stellvertreter

Faroß-Göller Katja

Eder Ulla

Linse Julia

van de Sand Maximilian

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Stellvertreter

Bayer Thomas

Stretz Norbert

Kastrop-Pretor Jutta

Fremgen Frank

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

sonstige wählbare Bürgerin

Stellvertreter

Sachs-Peter Petra

Schäfer Wolfgang

2. für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes wirkenden Jugendverbände werden als

Mitglieder	Stellvertreter
Christmann Ingo (Caritas)	Brinza Alen (IB)
Lehwald Heike (Nardinihaus)	Geiling Wolfgang (Diakonisches Werk)

3. für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes wirkenden Jugendhilfeträger werden als

Mitglieder	Stellvertreter
Fritzingher Anette (Diakoniezentrum)	Mahr Silvia (Diakoniezentrum)
Schulze Hermann (AWO)	Schnöder Gabriele (Diakonisches Werk)

vorgeschlagen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es einen gemeinsamen Wahlvorschlag gebe.

Der Stadtrat beschließt, hierüber öffentlich abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

4. Punkt der Tagesordnung:

=====

Direktvergabe von ÖPNV-Leistung gemäß Art. 5 Abs. 2 EU-VO 1370/2007
Betreuung der Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH (BV-Nr. 76/61)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 28.10.2009 und die einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Direktvergabe eines Dienstleistungsauftrages gemäß Art. 5 Abs. 2 VO 1370/2007 zur Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsversorgung des Stadtgebietes mit ÖPNV-Leistungen an die Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH (SWPV) wird zugestimmt.

Die jeweiligen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der SEP, SWPSHO und SWPSVK werden beauftragt, die Betreuung (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) durchzuführen und die zur Umsetzung der Direktvergabe notwendigen Weisungen an die beteiligten städt. Gesellschaften zu erteilen.

5. Punkt der Tagesordnung:

=====

Beschluss der Geschäftsordnung des Stadtrates für die 16. Wahlperiode

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 27.10.2009.

Ratsmitglied Schulze erklärt, die Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz ermögliche der Gemeinde, auf Grund einer Satzung einen Seniorenbeirat zu bilden. In Pirmasens gebe es ein solches Gremium nicht, da der Seniorenbeirat der Stadt mittels einer Geschäftsordnung beschlossen worden sei. Der Stadt stehe es nun frei, ein solches Gremium auf Grund einer Satzung zu bilden. Dies sei auch in ganz Rheinland-Pfalz so geschehen. Pirmasens stelle die Ausnahme dar. Die analoge Anwendung der Vorschriften der Gemeindeordnung in der Geschäftsordnung des Stadtrates entbehre jeglicher Rechtsgrundlage.

Bürgermeister Scheidel erwidert, das Thema sei bereits mehrfach im Hauptausschuss und im Rat behandelt worden. Auch der Seniorenbeirat sei damit befasst worden und habe sich in Abstimmungen, ob er eine Satzung oder eine Geschäftsordnung wünscht, zweimal gegen eine Satzung und für die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens ausgesprochen. Der Seniorenbeirat habe bisher gute Ergebnisse erzielt. Man solle sich seinem Wunsch deshalb nicht verwehren und die bisherige Verfahrensweise beibehalten.

Ratsmitglied Grimm merkt an, bei der Feier anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Seniorenbeirates habe sich sein Eindruck bestätigt, dass es für die Mitglieder des Seniorenbeirates überhaupt kein Thema sei, sich eine Satzung zu geben oder seine Organisationsstrukturen zu ändern. Vielmehr habe die Veranstaltung den Anschein erweckt, dass der Seniorenbeirat großen Wert darauf lege, gerade nicht fremdbestimmt zu sein und seine Selbständigkeit zu behalten. Diesen Wunsch müsse man berücksichtigen.

Ratsmitglied Walter fragt an, was unter den in § 30 Abs. 1 Geschäftsordnung verbotenen Zählgemeinschaften genau zu verstehen sei. Das Abstimmungsverhalten sei von außen nicht beeinflussbar.

Der Vorsitzende erklärt, durch das Verbot von Zählgemeinschaften solle verhindert werden, dass sich kleine Fraktionen zusammenschließen und durch ihre gebündelten Stimmen Sitze in Ausschüssen oder sonstigen Gremien erhalten, die nach dem Stärkeverhältnis im Gemeinderat anderen Fraktionen zustünden. Die Regelung sei von der

Rechtsprechung so entwickelt und in einer Verwaltungsvorschrift festgeschrieben worden. Die Regelung der Geschäftsordnung setze diese Verwaltungsvorschrift um.

Ratsmitglied Burkhardt erklärt, seine Fraktion werde sich bei der Beschlussfassung enthalten. Er sei der Meinung, einige Regelungen der Geschäftsordnung hätten nur deklaratorische Bedeutung, da sie in der Praxis nicht eingehalten würden.

Ratsmitglied Schulze merkt zu den Ausführungen von Ratsmitglied Grimm bezüglich des Seniorenbeirates an, Recht, Ordnung und Gesetz seien einzuhalten. Der Seniorenbeirat müsse auf Grund einer Satzung gebildet werden.

Der Vorsitzende teilt mit, es handele sich bei der besagten Regelung um eine Kann-Bestimmung. Eine Pflicht zum Erlass einer Satzung könne schon deshalb nicht bestehen.

Der Stadtrat beschließt bei 6 Enthaltungen einstimmig die vorliegende Geschäftsordnung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

6. Punkt der Tagesordnung:

=====

Spendenannahme gemäß § 94 Abs. 3 GemO;
Heimatbrief (BV-Nr. 99/10)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 28.10.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Spende von Herrn Herbert Raab, Wiesenstr. 46, 63773 Goldbach, für den Heimatbrief in Höhe von 50,00 € wird angenommen.

7. Punkt der Tagesordnung:

=====

Anträge der Fraktionen

- 7.1 Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 27.10.2009;
betr.: Sozialausweis einführen
- 7.2 Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 27.10.2009;
betr.: Sozialticket im ÖPNV und sozialverträgliche Kosten bei der
Schülerbeförderung einführen

Es besteht Einvernehmen, die Anträge gemeinsam zu beraten.

Ratsmitglied Eschrich bezieht sich auf die schriftlich vorliegende Antragsbegründung. Er erklärt, die steigende Armut führe zunehmend zu einer Spaltung der Gesellschaft. Aufgabe der Kommune sei es, dieser Entwicklung mit den entsprechenden Instrumenten entgegenzusteuern. Ein solches Instrument sei unter anderem der Sozialpass, der bereits bundesweit im Einsatz sei. Auch in Pirmasens solle allen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, an Kultur, Bildung und Freizeit teilzunehmen.

Ratsmitglied Sefrin erklärt, durch die beiden Anträge der LINKEN würden Begehrlichkeiten geweckt, die die Stadt nicht erfüllen könne. Die von den LINKEN geforderten Leistungen seien bereits in den Regelleistungen berücksichtigt. Man könne zwar darüber diskutieren, ob die Regelleistungen ausreichend seien, bewirken könne die Stadt in dieser Sache jedoch nichts. Jede zusätzliche Leistung verschleierte die Transparenz und führe dazu, dass gering verdienende Arbeitnehmer schlechter gestellt würden. Zudem habe die Stadt auf Grund der Haushaltslage keine Spielräume für zusätzliche freiwillige Leistungen. Es gebe bereits etliche ermäßigte Tarife für Einrichtungen und Veranstaltungen der Stadt. Es sei enorm wichtig, die Vereinsförderung weiter zu stärken, da die Kinder davon unmittelbar profitierten. Mit dem „Pakt für Pirmasens“ sei man dabei auf dem richtigen Weg. Abschließend führt er aus, seine Fraktion wolle keine weiteren Begehrlichkeiten wecken und lehne die beiden Anträge der LINKEN deshalb ab.

Ratsmitglied Walter erklärt, seine Partei sehe es als ihre Aufgabe an, sozial

benachteiligte Bürger zu unterstützen und ihnen die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen. Die Unterstützung von Asylbewerbern, wie es der Antrag der LINKEN vorsehe, lehne er jedoch ab. Er stellt folgenden Änderungsantrag:

In den Anträgen der Fraktion „DIE LINKE“ sind bei der Benennung der vorgesehenen Leistungsempfänger die Begriffe „im Bezug des Asylbewerberleistungsgesetzes“ ersatzlos zu streichen.

Ratsmitglied Burkhardt teilt mit, die Forderungen seien faktisch nicht zu finanzieren. Solche Anträge dienten lediglich der Erschleichung von Wählerstimmen. Wo bleibe die soziale Gerechtigkeit, wenn die einen arbeiten und die anderen die Vergünstigungen bekommen. Bei Vergünstigungen für einen solch großen Teil der Bevölkerung frage er sich, wer überhaupt noch den Normalpreis zahle und vor allem, ob der Normalpreis dann noch bezahlbar sei. Der Verlust, der durch die Vergünstigungen eingefahren würde, müsse im Querverbund ausgeglichen werden, folglich würden die Energiepreise steigen.

Ratsmitglied Linse erklärt, bei ausgeglichenem Haushalt wäre der Antrag überdenkbar. Da der Stadt jedoch finanzielle Belastungen auferlegt würden, ohne dass dafür ein Ausgleich erfolge, sei für weitere freiwillige Leistungen kein Spielraum. Außerdem sei die Gewährung von Vergünstigungen bei dieser Haushaltsslage verantwortungslos denjenigen gegenüber, die später die Schulden abtragen müssten. Auch für Geringverdiener sei es schwer zu ertragen, wenn die, die keine Leistung erbringen, durch Vergünstigungen bessergestellt würden.

Ratsmitglied Schulze merkt an, ein bedeutender Anteil an Pirmasensern lebe in prekären Lebensverhältnissen. Der Antrag finde deshalb grundsätzlich die Zustimmung seiner Fraktion. Entscheidend sei jedoch festzuhalten, dass die Einführung eines Sozialausweises die finanzielle Knappheit und prekäre Lage der Betroffenen nicht beheben werde. Um eine wirkliche Verbesserung zu erzielen, sei es unerlässlich die Regelsätze zu erhöhen und gleichzeitig bundesweit Mindestlöhne einzuführen. Nur so könne garantiert werden, dass sich Leistung wieder lohne.

Ein wesentlicher Aspekt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei die Mobilität. Er kritisiert, dass Pirmasenser Schüler für eine Monatskarte

(MAXX-Ticket) mit eingeschränktem Geltungsbereich mehr zahlen müssen als Schüler außerhalb der Westpfalz, die das gesamte VRN-Gebiet uneingeschränkt und ganztägig befahren dürften.

Er spricht sich dafür aus, die Anträge im Hauptausschuss eingehend zu beraten.

Ratsmitglied Stretz teilt mit, er sei dafür, die Diskussion im Rahmen der Haushaltsberatungen fortzuführen.

Die beiden Anträge seien der Versuch innerhalb des Wirkungskreises der Stadt etwas für die ärmeren Schichten der Gesellschaft zu tun, so Ratsmitglied Eschrich. DIE LINKE sei zudem für die strikte Ausführung des Konnexitätsprinzips. Dann bliebe auch genügend Spielraum für die Kommunen, etwas für die ärmeren Schichten zu tun.

Der Vorsitzende warnt, man könne sich nicht auf der einen Seite über zu hohe Aufwendungen durch Pflichtaufgaben beklagen, auf der anderen Seite dann aber freiwillige Leistungen zu Lasten des Haushalts gewähren. Dies sei unglaublich. Man müsse andere Lösungen als die Finanzierung über den defizitären städtischen Haushalt finden. Auch die Stadtwerke könnten die Mehrkosten nicht übernehmen. Um einer Verteuerung bei der Versorgung entgegenzuwirken, nehme man geringere Gewinne der Stadtentwicklung in Kauf. Die Energiepreise müssen unter den Preisen der Konkurrenzanbieter liegen, sonst müsse man mit einer Abwanderung zur Konkurrenz rechnen. Die Folgen seien niedrigere Gewinne. PLUB und ÖPNV seien dann nicht mehr finanzierbar.

Es fänden bereits viele Aktionen statt, um sozial Schwachen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu verhelfen, die haushaltsneutral seien. Beispielhaft seien hier Kulturveranstaltungen zu nennen, bei denen die bis zum Veranstaltungstermin nicht verkauften Karten für einen Bruchteil des regulären Preises erworben werden könnten. Zudem gebe es viele Sondertarife für Schulklassen, Kinder und Jugendliche.

Ratsmitglied Dr. Klees merkt an, Arbeitslosigkeit sei ein Risikofaktor für soziales Schlechtergehen. Er sehe die Problematik in der Verteilungsgerechtigkeit. Reine Finanzaufwendungen könnten das Wohlbefinden nicht verbessern.

Ratsmitglied Wirth erklärt, es gehe darum, Verantwortung für arme Menschen in Pirmasens zu übernehmen. Man müsse Wege finden, diesen Menschen zu helfen. Der „Pakt für Pirmasens“ sei ein guter Anfang. Diesen Ansatz müsse man ausweiten.

Ratsmitglied Hussong erklärt, der Antrag habe den richtigen Ansatz. Man müsse Defizite aufdecken, um Menschen nicht von Angeboten auszuschließen. Er beantragt, dieses Thema im Rahmen der Haushaltsdebatte zu diskutieren.

Ratsmitglied Walter teilt mit, man rede nur über Symptome. Die eigentlichen Probleme – Globalisierung und Einwanderung – lasse man außen vor.

Ratsmitglied Grimm erklärt, nach dem Grundgesetz seien alle Menschen gleich. Jeder habe die gleichen Rechte. Eine Differenzierung nach Gruppen kenne das Grundgesetz nicht.

Ratsmitglied Burkhardt merkt an, der Antrag basiere auf der Hartz IV-Thematik. Die Vergünstigungen würden auf dem Rücken derer ausgetragen, die Leistung erbringen.

Der Vorsitzende gibt eine Berechnung des Schulverwaltungsamtes bekannt. Demnach entstünden bei kostenloser Schülerbeförderung zusätzliche Kosten in Höhe von 222.312 € im Jahr. Diese zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts sei nicht tragbar.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Anträge abstimmen.

Die Verweisung der beiden Anträge der Fraktion DIE LINKE vom 27.10.2009, betr.: Sozialausweis einführen und Sozialticket im ÖPNV und sozialverträgliche Kosten bei der Schülerbeförderung einführen, an den Hauptausschuss wird gegen 14 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Verweisung des Änderungsantrages von Ratsmitglied Walter an den Hauptausschuss wird gegen 1 Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag von Ratsmitglied Hussong, die Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren, wird gegen 9 Stimmen mehrheitlich zuge-

stimmt.

7.3 Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2009;
betr.: Zusammenlegung von Ämtern der Stadtverwaltung

Ratsmitglied Schulze erläutert den Antrag laut Antragsbegründung und stellt fest, seit der im Februar 2009 angekündigten Zusammenlegung der Ämter habe keinerlei Diskussion oder Beteiligung der Gremien stattgefunden. Entscheidungen seien bereits getroffen.

Um das Recht des Stadtrates zu wahren, würden für die Beratungen in den Fraktionen und im Stadtrat von der Verwaltung so zeitnah wie möglich folgende Unterlagen erbeten:

1. Einen detaillierten Bericht in schriftlicher Form über die Gründe und Ziele der strukturellen Veränderungen in der Verwaltung. Insbesondere werde um eine Beschreibung der Ausgangssituation und ämterbezogene Aufgabenkritik aus Sicht der Verwaltungsspitze gebeten.
2. Ein vergleichendes Organigramm der bestehenden Ämterzuschnitte mit dem Zuschnitt der erwünschten Strukturen incl. der jeweiligen Aufgabenzuordnung.
3. Eine analytische Darstellung der Produktergebnisse der Ämter im jetzigen Zuschnitt und der Erwartungen im erwünschten Zuschnitt, insbesondere in Bezug auf die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger (Kunden).
4. Eine Übersicht über die aktuellen Stellenbesetzungen im Vergleich zu dem jeweiligen Personalbedarf bei den angestrebten Strukturen.
5. Ein detaillierter Kostenvergleich in Personal- und Sachkosten von bestehender Struktur und erwünschter Zielstruktur.

Er gehe davon aus, dass der Stadtrat, entsprechend der mehrfachen Zusicherungen des Vorsitzenden, in die Prozesse und Entscheidungsfindung – entsprechend seiner Rechte – eingebunden werde. Der städt. Haushalt in Gänze, der Stellenplan im Besonderen seien von diesen Überlegungen elementar betroffen. Die Entscheidung falle letztlich der Stadtrat.

Der Vorsitzende erwidert, der Hauptausschuss sei über die Überlegungen zur Ämterbündelung wegen des stark defizitären Haushalts und der demografischen Entwicklung informiert worden. Durch das Ausscheiden der Amtsleiter des Jugendamtes wolle die Verwaltung die Situation nutzen, um das Jugend- und Sozialamt zu bündeln. Dies sei in Speyer bereits erfolgreich

durchgeführt worden.

Allerdings weist er darauf hin, dass eine Ämterbündelung innerhalb eines Dezernates eine verwaltungsinterne Entscheidung sei. Die Zustimmung des Stadtrates sei nicht erforderlich.

Wenn jedoch im Zuge dieser Diskussion Mitarbeiter in der Presse diskreditiert würden, sei dies nicht akzeptabel. Der Bewerber Zwick sei im Auswahlverfahren eindeutig der Geeignetste gewesen. Darüber sei sich die Auswahlkommission einig gewesen. Er bittet darum, bei solchen Äußerungen deutlich mehr Zurückhaltung zu wahren.

Abschließend schlägt er vor, alle Informationen aufzuarbeiten und im Hauptausschuss zu berichten.

Ratsmitglied Schulze merkt an, in seiner Stellungnahme in der Presse sei er nur darauf eingegangen, ob die Ämterbündelung sinnvoll sei. Um die Person des Amtsleiters sei es ihm nicht gegangen. Eine Diskussion zur Ämterbündelung sei nicht erfolgt, sie sei jetzt vollzogen und die Amtsleiterstelle besetzt worden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Ämterbündelung erfolgt sei, die Amtsleiterstelle sei jedoch nur kommissarisch besetzt. Die Stellungnahme in der Presse sei eine Diskriminierung von Herrn Zwick gewesen, dies müsse Ratsmitglied Schulze einsehen und sich bei diesem entschuldigen.

Ratsmitglied Linse teilt mit, auch sie habe sich über den Pressebericht sehr geärgert.

Abschließend sagt der Vorsitzende weitere Informationen im Hauptausschuss zu.

Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2009, betr.: Zusammenlegung von Ämtern der Stadtverwaltung, wird an den Hauptausschuss verwiesen.

7.4 Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2009;
betr.: Weitere Aufarbeitung der Lebensschicksale und Leidenswege von
Pirmasenser jüdischen Familien

Ratsmitglied Schulze erläutert den Antrag laut Antragsbegründung und stellt fest, es sei erforderlich, für die weitere Aufarbeitung des Themas professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dafür sollten die Mittel bei der Haushaltsstelle 34100/71740 „Besuche ehemaliger politisch Verfolgter“ umgewidmet werden.

Der Vorsitzende erklärt, es wäre nicht das richtige Signal, diese Haushaltsmittel für andere Zwecke zu verwenden. Auch sei es seiner Meinung nach nicht gut, dieses Thema in einen wissenschaftlichen Bereich zu delegieren. Er würde es unterstützen, wenn es gelingen könnte, z.B. Leistungskurse „Geschichte“ dafür zu interessieren, sich dieses Themas anzunehmen.

Ratsmitglied Schulze merkt an, die Aufbereitung dieses Themas überforderte die Schulen. Fahrten in verschiedene Lager mit Recherchen in den Lagerbüchern seien dazu erforderlich. Eine professionelle Recherche mit Projektarbeit in Schulen wäre eine Möglichkeit.

Der Vorsitzende fasst zusammen, über die Schulen solle versucht werden, Interesse für dieses Thema zu wecken. Wenn es dann noch einer weiteren Unterstützung bedürfe, könne man im Hauptausschuss nochmals darüber sprechen.

Ratsmitglied Walter nimmt Bezug auf den Hinweis des Vorsitzenden in der letzten Stadtratssitzung, dass es bereits umfangreiche Recherchen der Stadt hinsichtlich des Projektes „Juden in Pirmasens“ gebe. Er bittet deshalb um Klärung, worum es sich bei dem Projekt konkret handle und zu welchen Ergebnissen man gekommen sei. Wenn es bereits dieses Projekt gebe, sei es der Sache nicht dienlich, mit weiteren Steuergeldern ein zweites Projekt ins Leben zu rufen.

Er bittet die antragstellende Fraktion um Auskunft, wie die wissenschaftliche Recherche aussehen solle und wer dazu geeignet wäre sowie um Mitteilung der dazu erforderlichen Kosten.

Wenn nämlich die von ihm in der letzten Stadtratssitzung gestellten Fragen

zum Thema „Zug der Erinnerungen“ nicht in der Zuständigkeit der Stadt Pirmasens liegen, wie festgestellt worden sei, so könne es ebenfalls nicht Aufgabe der Stadt sein, mit Steuergeldern Wissenschaftler zu beauftragen, die sich mit Lebensschicksalen von jüdischen Familien beschäftigen.

Er werde deshalb den Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende erwidert, seine in der letzten Sitzung gemachten Aussagen zum Thema „Zug der Erinnerung“ könnten hier nicht herangezogen werden. Die Stadt Pirmasens kümmere sich um die Schicksale jüdischer Familien. Es gehe hier darum, dieses Thema in Pirmasens zu behalten. Wenn es jedoch nötig sein sollte, könnten auch Wissenschaftler einbezogen werden.

Ratsmitglied Schulze erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden, bittet jedoch nach ca. einem halben Jahr um Bericht.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

Ratsmitglied Hussong stellt Antrag auf Schluss der Debatte.

Da Ratsmitglied Burkhardt zu diesem Thema noch nicht Stellung genommen hat, hat er noch Rederecht.

Ratsmitglied Burkhardt erklärt, für die Aufarbeitung des Themas sollten keine Steuermittel eingesetzt werden. Zwei Anträge seiner Fraktion

- Jährliches Gedenken für die Bombenopfer des 15.03.1945
- Übernahme einer Patenschaft für ein Zentrum gegen Vertreibung

seien mit dem Hinweis, dass keine Finanzierungsmöglichkeit bestünde, abgelehnt worden. Das Thema „Juden in Pirmasens“ sei mit der Erstellung des genannten Buches abgeschlossen.

Der Vorsitzende stellt seinen Vorschlag, zuerst die Schulen zu befassen und dann nochmals über wissenschaftliche Unterstützung zu beraten, zur Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt bei 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich diesem Vorschlag zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Die Sitzung wurde von 17.10 bis 17.15 Uhr zur Durchführung der Einwohnerfragestunde unterbrochen.

8. Punkt der Tagesordnung:

=====

Beantwortung von Anfragen

Informationen

Anfragen der Ratsmitglieder

Dieser Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich abgesetzt und soll in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.25 Uhr.

Worüber Protokoll

Pirmasens, den 10. Nov. 2009

Der Vorsitzende:

Die Protokollführung: